



Alles wird gut: De Maizière erlaubt uns Schwein

✘ An manchen Tagen wähnt man sich in einer landesweiten Freiluft-Zirkusveranstaltung. In der Manege abwechselnd tragische Clowns, die verzweifelt versuchen dem Publikum glaubhaft zu machen, sie würden das Böse in der Tat mit ihrem Klamauk besiegen. Heutiger Star dieser Vorstellung ist Innenminister Thomas de Maizière (Foto), der bei einer Diskussion über Integration seine verbale Hampelmann-Akrobatik ablieferte. Einerseits fühlt er sich sichtlich der Dönerkultur verpflichtet, gesteht uns aber großmütig den Schweinebraten zu, um den wir aber schon selber zu kämpfen hätten: „Nur wenn wir selbst unsere Werte und Kultur schätzen und konsequent dafür eintreten, wissen Neuankömmlinge, was sie zu achten haben, und können den erforderlichen Respekt und die Begeisterung für unsere Lebensweise entwickeln.“ In Köln gehöre natürlich der Weihnachtsmarkt und Currywurst dazu, aber auch Döner und Falafel, [so de Maizière](#).

(Von L.S.Gabriel)

Die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland müsse nicht auf liebgewonnene Traditionen verzichten, schwadronierte er, angesichts immer dreisterer Forderungen der Islamexpandierer. Dabei ist die Formulierung, in Anbetracht der Tatsache, dass die „Mehrheitsgesellschaft“ bei unvermindert weiter forcierter Flutung Deutschlands mit Moslems, bald eben keine deutschen

Traditionen pflegen wird, vermutlich wohl durchdacht.

Für alle denen das auffällt schlägt er noch einen Zuversichtssalto. Eigentlich wolle uns niemand seine Lebensweise aufzwingen, das ergebe sich für gewöhnlich nicht daraus, dass jemand nach einer bestimmten Religion lebe, säuselte er. Nein, natürlich nicht, die ideologiebedingten Forderungen nach der Abschaffung von Schweinefleisch in Schulen und Kantinen, getrennten Schwimmzeiten, Kruzifix-Verboten, usw. sind nur der lebhaften Phantasie dunkeldeutscher Islam-Phopiker entsprungen. – [Niemand hat die Absicht](#), eine Mauer zu errichten!

Wir müssten aber auf jeden Fall offen bleiben für Neues, lautet der Ministerbefehl. Was genau? Kinderehe? Ehrenmord? Kopfab schneiden? „Isch figge Deine Mudda“? Oder doch orientalischer Winterbazar, statt Christkindlmarkt und Burkini statt Bikini?

Kann man soviel Volksverdummung und Verharmlosung unserer Realität noch ernst nehmen? Leider müssen wir das, denn viele derer, die diesen Unfug lesen und hören, nehmen ihm jedes Wort ab. Dabei ist allein die Tatsache, dass ein Innenminister den Bürgern quasi beteuern muss, sie dürften weiter essen was sie wollen an Tragik kaum noch zu überbieten.

» Die deutsche Kanzlerin warb schon im Sommer bei den Neo-Plusdeutschen für [Verständnis für unsere Essgewohnheiten](#)



Video: „Fakt ist!“ mit André Poggenburg

Am Montag um 22.15 Uhr war der AfD-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg (AfD-Sachsen-Anhalt), zu Gast in der MDR-Sendung „Fakt ist!“ zum Thema [„Wir und die Fremden – der Preis des Zusammenlebens“](#). Die weiteren Diskussionsteilnehmer waren der CDU-Unsympath Holger Stahlknecht, Robby Risch, Gutmensch-OB von Weißenfels und Taqiyya-Propagandist Moawia Al-Hamid. Nachdem Poggenburg am 10. Oktober bei „Hart aber fair“ einen [fulminanten Auftritt hingelegte](#), war die MDR-Redaktion gewarnt – und ließ ihn entsprechend selten zu Wort kommen.



Sprengstoffchemikalien in Suhl gefunden

✘ Seit dem frühen Dienstagmorgen läuft eine bundesweite Anti-Terror-Razzia gegen die uns kulturell bereichernde islamische Terrorszene. Auf Bestreben des Landeskriminalamts Thüringen wurden in Thüringen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Bayern 12 Wohnungen und eine Illegalen-Unterkunft durchsucht. Anlass war der Verdacht der Vorbereitung eines Anschlages.

Gesucht wird auch nach Beweisen für die Finanzierung von terroristischen Aktivitäten. Der Ursprungsverdacht richtete sich gegen einen 28-jährigen tschetschenischen Asylforderer, der in Verbindung mit dem IS stehen soll.

Gegen weitere zehn Männer und drei Frauen, im Alter zwischen 21 und 31 Jahren aus Tschetschenien, wird ermittelt. Bei der Durchsuchung sollen in einer Wohnung in einem [Suhler Wohnkomplex](#) Sprengstoff-Chemikalien gefunden worden sein.

Wie der [MDR berichtet](#) wurde die Kommunikation der Verdächtigen seit Sommer 2015 vom Verfassungsschutz überwacht. Für den Großeinsatz wurden Spezialkräfte mehrerer Bundesländer zusammengezogen. Es wird vor allem auch nach Beweisen für die Terrorfinanzierung und den entsprechenden Geldtransfer gesucht. Die Beamten verschafften sich mit Kettensägen und Stemmeisen Zutritt zur Wohnung des 28-Jährigen, wo dieser dann auch angetroffen wurde.

Die gefundenen Chemikalien zur Sprengstoffherstellung werden nun untersucht. Bei allen Verdächtigen handelt es sich um „schutzsuchende“ Gäste der Kanzlerin, sie sind allesamt wieder auf freiem Fuß und können nun weiter an ihren Plänen tüfteln.

Also, viel Lärm und null Punkte für Deutschland, nur eine Show, um die Bürger glauben zu machen, man hätte alles unter Kontrolle.



Bettina Röhl: Strafrecht wurde zu Täterrecht

☒ Eine sadistische Gruppenvergewaltigung. Fünf Täter und ein Opfer. Die 14-Jährige wird in der klirrenden Kälte in einen Hinterhof geworfen. Mit starker Unterkühlung gerade noch gerettet. Das Urteil schockt: Vier Täter kommen sofort frei: Bewährungsstrafen. [...] Die Produktion von jugendlichen „Intensivtätern“ ist eine wahrhafte Pestbeule der reinen und nur wohlmeinenden Justiz. [...] Im Jugendstrafrecht gilt das in gesteigerter Weise. Da werden die Täter, denen das Leben nicht verbaut werden soll – Geld spielt im wahrsten Sinne des Wortes nicht die geringste Rolle – gehätschelt und gepäpelt, ihnen gilt die Medienaufmerksamkeit und alle öffentliche Fürsorge und die Opfer haben die doppelte Arschkarte gezogen. (*Den ganzen Beitrag gibt es bei tichyseinblick.de*)



Video: Pegida Karlsruhe bei Baden TV



Am heutigen Dienstag beginnt Pegida Karlsruhe nach einem guten dreiviertel Jahr Pause wieder mit seinen Aktionen auf der Straße. Um 19:30 Uhr treffen sich die Patrioten am Marktplatz, um anschließend einen Abendspaziergang durchzuführen. Von der Organisationsleitung war Thomas Rettig (Foto 2.v.l.) am 1. Oktober Studiogast in der Sendung „Talk im Schlachthof“ des regionalen privaten Senders Baden TV. Das Thema lautete „Rechtsextremismus in der Region“. Wie so oft, war die Konstellation vier Linke plus Moderator gegen einen Patrioten.

(Von Michael Stürzenberger)

Rettig ließ sich in der Gesprächsrunde aber nicht unterbuttern. Obwohl sich eine linke Politikwissenschaftlerin, eine Stadträtin von „Die Linke“, gleichzeitig Aktivistin im „Netzwerk gegen Rechts Karlsruhe“, eine Vertreterin der „Initiative gegen Rechts Pforzheim“ und der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei Karlsruhe gegen ihn stellten, erklärte er gelassen seine Standpunkte und verlor auch trotz des teilweise unerträglichen Propaganda-Geschwätzes der Linksverdrehten nie seine Ruhe.

Im ersten Teil der Video-Aufzeichnung stellte Moderator Andreas Eisinger in einem Film-Einspieler (ab Minute 1:02) zunächst Pegida Karlsruhe vor und erwähnte auch objektiv, dass Gewaltanwendungen „in der Mehrheit“ von Gegendemonstranten verübt wurden. Nun, er hätte auch sagen können „immer“. In seiner ersten Frage (ab 3:45) wollte er von Thomas Rettig wissen, wie es im vergangenen Jahr zu der Abspaltung kam, aus der die Gruppe „Karlsruhe wehrt sich“ hervorging, die laut

Rettig keine klare Distanzierung von „rechts“-extremistischen Gruppierungen vornehmen wollte.

Der Begriff „Rechtsextremismus“ hat sich zwar eingebürgert, ist aber falsch, denn eigentlich geht es um den National-Sozialismus, und der ist eine Spielart des Linksextremismus. Rettig beschrieb in seiner ersten Antwort, wie sich in Karlsruhe eine Fraktion abspaltete, die kein Problem damit hatte, Personen mit dieser Weltanschauung bei den Demos zu haben und sie auch bewusst einlud.

In der Nachfrage stellte Rettig auch klar, dass die Veranstalter der Abspaltung „Karlsruhe wehrt sich“ keine „rechts“-extremistische Gesinnung hätten, sich aber in diese Richtung geöffnet hätten, was seiner Meinung nach ein Fehler sei, da man damit auch die bürgerliche Mitte abschrecken würde (4:30).



Sabine Zürn (*Foto*) vom „Bündnis gegen Rechts Karlsruhe“ behauptete, dass bereits Pegida Karlsruhe von Anfang an „extremistisch“ gewesen sei (6:30). Interessanterweise erwähnte sie, dass man die Reden vor Ort nicht richtig verstehen konnte, verschwieg aber den Grund hierfür: das laute Geplärre, Gepfeife und Getröte der linken Gegendemonstranten. Zürn, die in Karlsruhe für „Die Linke“ [im Stadtrat sitzt](#), habe sich die Reden dann auf Youtube angesehen und sei „total entsetzt“ gewesen, da die Inhalte für sie schon eine „Radikalisierung“ bedeuteten hätten. In ihrer Denkweise gehört schon die Forderung nach Beendigung des Gender Mainstreaming zu einer extremistischen Einstellung. Dann widersprach sie sich, indem sie behauptete, es sei eine „Ausländerfeindlichkeit“ festzustellen, aber kurz darauf beschrieb sie, dass dort Patrioten aus anderen Ländern gelobt werden würden (7:52).

Thomas Rettig stellte klar, dass die Polizei die

Organisationsleitung von Pegida Karlsruhe darauf hingewiesen hätte, dass bei den ersten Demos schon „Rechtsradikale“ unter den Spaziergängern gewesen seien, die man aber nicht gekannt habe (8:29). Auf die Frage, wie er Rechtsradikalismus definiere, meinte er, aus der Sicht einer Linksradi-kalen wie Sabine Zürn sei alles, was nicht links ist, rechtsradikal (9:35).



„Politikwissenschaftlerin“ Ellen Esen (*Foto*) kritisierte, dass Rettig einem „Islamhasser“ wie Michael Mannheimer ein Podium gewährt habe, der laut Gericht als „Neonazi“ bezeichnet werden dürfe, was für Rettig einen Skandal bedeutet, denn Mannheimer sei überhaupt kein Neonazi, sondern ein Transatlantiker (11:40). Im Folgenden outete sich Esen nicht als neutrale „Politikwissenschaftlerin“, sondern als Verfechterin der „Begrüßungskultur“ (19:15) und linke Propagandistin. Sie warf Rettig vor, zu „hetzen“ und die „Spaltung der Gesellschaft“ zu betreiben.

Auf die Frage, wie sie Rettig einschätze, meinte sie, sei würde ihm die „Ehre“ nicht zukommen lassen, ihn als „Rechts“-Extremisten zu bezeichnen, sondern als „christlichen Fundamentalisten“ mit einer „sehr konservativen Position“, der Probleme mit der „Gleichstellung von Frauen“ habe. Bei Pegida würden „postpubertäre, präsenile Menschen“ (21:45) auf die Straße gehen, die Sorgen um ihren „eigenen Status“ und ihre „Pfründe“ hätten. Rettig entgegnete ihr, dass sie in der Friedrich Ebert-Stiftung säße und damit ein Profiteur des Systems sei (22:08).

Der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei Karlsruhe, Thomas Rüttler, berichtete, dass bei bisher 28 Kundgebungen ca. 15.000 Polizisten mit 90.000 Einsatzstunden beschäftigt gewesen seien, was aber kein Problem darstelle, denn dafür sei die Polizei schließlich da. Solange alles auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablaufe, wäre nichts einzuwenden. Deutschland sei kein Gesinnungsstaat und folglich gebe es bei uns auch keine Gesinnungspolizei. Rüttig beschrieb, dass bei inkriminierenden Redebeiträgen die Polizei Videoaufzeichnungen vornähme, die man der Staatsanwaltschaft zur Prüfung vorlege, die dann über die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens entscheide.

Im zweiten Teil der Sendung behauptete die Linke Sabine Zürn, dass es bei den Kundgebungen „menschenfeindliche“ und „rassistische“ Äußerungen gebe sowie immer wieder der Hitlergruß gezeigt worden sei, was die Polizei aber nicht bestätigte.

„Politikwissenschaftlerin“ Esen erwähnte, dass es laut Verfassungsschutz in Baden-Württemberg 1800 „Rechts“-Extremisten gebe (4:50). Damit sei es aber nicht getan, denn es gebe einen „Bodensatz“ von rund 20% in der Bevölkerung mit „rechts“-extremistischem Denken, und daher kümmere sie sich nicht nur um die extremen Erscheinungsformen und die Straftaten, sondern sie gehe auch auf „die Ebene der Einstellungen und Mentalitäten“. Es habe sich ein „verschärftes gesellschaftliches Klima“ ergeben, befördert auch durch die sozialen Medien. Der „Hass“ sei extrem gestiegen und habe eine „Polarisierung der Gesellschaft“ ausgelöst.

Thomas Rettig stellte klar (ab 9:12), dass durch Pegida und AfD der Protest in friedliche Bahnen gelenkt werde. Wenn dies abgeschnitten werden würde, dann wäre die Gefahr von Gewalttaten, beispielsweise Angriffe auf Flüchtlingsheime, viel höher. Er sei auch AfD-Mitglied und seine Partei kämpfe dafür, dass der Protest gegen die Masseinwanderung ins

Parlament käme.

Moderator Eisinger fragte den stellvertretenden Leiter der Kriminalpolizei daraufhin süffisant, ob es besser sei, dass die „Rechts“-Extremen auf der Straße demonstrieren, da sie dann keine Flüchtlingsheime anzündeten (10:30). Rüttler ging darauf nicht ein, sondern entgegnete, es gebe in Deutschland ein Problem mit der politischen Bildung, da die Gesellschaft sehr satt und konsumorientiert sei.

Katrin Lechler von der „Initiative gegen Rechts Pforzheim“ meinte, dass es sehr wohl „geistige Brandstifter“ (12:40) gebe. Der Protest auf der Straße werde gekapert von „Rechts“-Extremen, die dann gefährliche Parolen skandierten.

Ellen Esen führte aus, dass „rechts“-extremistische Gruppierungen öffentlich stigmatisiert seien und jetzt versuchten, im bürgerlichen Gewand mit eher harmlos klingenden Namen wie „Nein zum Flüchtlingsheim“ wieder in der Gesellschaft Fuß zu fassen (13:50).



Thomas Rettig (Foto) konterte sogleich, dass es bei den Linken auch fließende Übergänge in den Radikalismus gebe. Deutschland habe linksradikalen Terror erlebt und die Antifa gehe in diese Richtung. Menschenfeindlich sei es, wenn gegen Pegida und AfD mediale Hetzkampagnen liefen, Personen körperlich attackiert und Autos sowie Gaststätten angezündet werden würden (14:45).



Katrin Lechler (*Foto*) bemerkte, dass die unschönen Bilder von den Demos in Pforzheim die Fackeln der „Rechts“-Extremisten seien, nicht aber die gewalttätigen Auseinandersetzungen der linken Demonstranten mit der Polizei (17:12). Sie beunruhige die vielen Gruppierungen, die dort aktiv seien. Rettig entgegnete, er sei in Pforzheim aufgewachsen, die mittlerweile eine „Ausländerstadt“ geworden sei, so dass der Protest dagegen nicht verwundern könne. Ellen Eser beklagte, dass in einer kleinen Stadt wie Pforzheim der Widerstand gegen Rechts nicht so gut organisiert werden könne wie in Karlsruhe, der zweitgrößten Stadt Baden-Württembergs (25:10).

Eigentlich wäre die Sendezeit von „Talk im Schlachthof“ damit beendet gewesen, aber aufgrund der Lebendigkeit der Diskussion und Brisanz des Themas wurde spontan noch ein [dritter Teil](#) angehängt. Darin schlug Thomas Rettig vor, Volksabstimmungen zum Thema Flüchtlinge vorzunehmen, um zu sehen, wie die Bevölkerung darüber denkt (1:10). Ellen Eser meinte, es müsse mehr Aufklärungs- und Bildungsarbeit durchgeführt werden, um große Wahlerfolge der AfD wie in Pforzheim zu verhindern (2:50). Sie beklagte, dass die AfD ihr Parteiprogramm auf russisch übersetzt habe, um damit bei dem relativ hohen Bevölkerungsanteil von Russlanddeutschen für ihre Ziele zu werben.

Thomas Rettig fragte sie an dieser Stelle, warum eine demokratisch gewählte Partei wie die AfD für sie ein Problem darstelle. Dies offenbare totalitäres Denken, wenn nur linke Meinungen akzeptiert werden. Deutschland würde auf diese Weise

in eine linksgrün-versiffte Diktatur stalinistischer Prägung abdriften (4:25). Esen behauptete, „aus politikwissenschaftlicher Sicht“ sei die AfD eine „rechtspopulistische“ Partei und ein „Prüf-Fall mit Querverbindungen zur rechten Szene“, dies sei Konsens (5:15). Es begann sogleich eine sehr lebhaftete Debatte über den Begriff „Populismus“.

Esen führte im Weiteren aus, dass das Einstiegsalter in die „sogenannte rechte Szene“ immer jünger werde. Es begänne schon mit 13, 14 Jahren (8:40). Eine Erlebnis – und Eventkultur mit Musik übten hier einen großen Reiz aus. Dies würde in ähnlicher Form auch für die Radikalisierung im islamischen Fundamentalismus gelten. Thomas Rüttler ergänzte, dass es ein Phänomen sei, dass mittlerweile auch Mädchen und junge Frtauen Zugang in die „rechts“-extremistische Szene fänden (14:40).

Thomas Rettig wollte an dieser Stelle den Linksextremismus nicht unerwähnt lassen und beschrieb, wie die Antifa Böller gegen eine Demonstration von „Fellbach wehrt sich“ warf. Dies würde klar in Richtung Faschismus gehen, der sich unter dem Begriff des „Antifaschismus“ tarne (13:02).



Jetzt verlor der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei Karlsruhe, Thomas Rüttler (*Foto*), seine ihm eigentlich gebotene Neutralität: Er behauptete, diese Ausführungen Rettigs seien „abstrus“ und gehörten in „Hinterzimmer“ (13:40). Die linksverdrehten Frauen auf dem Podium applaudierten freudig und der Moderator sekundierte eilfertig, dass die Bemerkungen Rettigs „entlarvend“ seien und unterstellte, dass er „rechts“-extremistische Straftaten rechtfertigte wolle, was jener entschieden zurückwies. Mehrheitlich seien in ganz Europa die Menschen gegen die Masseneinwanderung, und das habe nichts mit „Rechtspopulismus“ zu tun, so Rettig.

Sabine Zürn versuchte gegen die Mehrheitsmeinung im Volk anzuargumentieren, indem sie aufzählte, dass im Karlsruher „Bündnis gegen Rechts“ viele verschiedene Menschen aus Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und den meisten im Gemeinderat vertretenen Fraktionen aktiv seien (16:20). Die Präsenz auf der Straße in Form von Gegendemos sei wichtig, da bei Pegida & Co teilweise „kriminelle Äußerungen“ fallen würden. Katrin Lechner warf zum Ende noch ein, dass zu einer Demokratie „pluralistische Meinungen“ gehören würden, wozu man auch die „Religionsfreiheit“ und den „Minderheitenschutz“ zähle. Da bleibt nur die Frage, warum linke Gegendemonstranten immer versuchen, andere ihnen unliebsame Meinung niederzuschreiben und teilweise mit gewalttätigen Aktionen zu unterbinden trachten.



Lengsfeld: In Thüringen „all cops are bastards“

☒ Unter dem infantilen Motto „#R2G Für mehr Punk in der Politik“, das ein bezeichnendes Licht auf die Arbeit der Rot-Rot-Grünen Koalition in Erfurt wirft, haben sich die drei Fraktionsvorsitzenden von Linke, Susanne Henning-Wellsov, der Grüne Dirk Adams und der Sozialdemokrat Matthias Hey vor dem Landtag ablichten lassen. Zu allem Überfluss demonstrierte Hey noch seine Unkenntnis der Geschichte mit einer geballten Thälmann-Faust, dem Gruß der Terrortruppe der KPD. Im Büro von

Henning-Wellsov wurde das Foto von einem Mitarbeiter bearbeitet. Dabei platzierte dieser „junge Kreative“, wie er in den Medien genannt wird, ein Graffito an die Wand. ACAB, was heißt: „All cops are bastards“. Frau Henning-Wellsov ließ das Foto auf ihrer Homepage veröffentlichen.

[..] Es zeugt von einer geradezu grotesken Arroganz der Macht, wenn man glaubt, sich wie der absolutistische Adel vor der Französischen Revolution aufzuführen zu können.

Unsere Volksvertreter sind nicht nur dazu übergegangen, ihre Wähler zu beschimpfen, wenn die Widerspruch wagen, sie demonstrieren offen ihre Verachtung der Verfassungsorgane.
(Den ganzen Beitrag gibt es bei vera-lengsfeld.de)



Strache: Merkels Flüchtlingspolitik ist kriminell

☒ Heinz Christian Strache, Chef der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ, Foto) hielt am Montag, mit Blick auf den österreichischen Nationalfeiertag am 26. Oktober, in Wien eine [„Rede zur Lage der Nation aus freiheitlicher Sicht“](#). Unter dem Motto „Das Recht geht vom Volk aus“ nahm er in seiner rund 90-minütigen Ansprache neben der österreichischen

Bundesregierung, den „gekauften Medien“, der Türkei, CETA, TTIP und der EU auch Angela Merkel und ihre sogenannte „Flüchtlingspolitik“ ins Visier. Mit ihrem zähen Festhalten daran, beweise die deutsche Kanzlerin nicht nur, dass sie die mächtigste, sondern leider auch die gefährlichste Frau Europas sei, für die der Grundsatz „Das Recht geht vom Volk aus“ nur eine leere Worthülse sei. Ihre Flüchtlingspolitik sei „unverantwortlich und kriminell“, so Strache.

Merkel habe den „Startschuss zur größten Völkerwanderung seit Jahrhunderten“ gegeben. Das habe fatale Folgen. „Durch den ungebremsten Zustrom von kulturfremden Armutsmigranten, die in unsere Sozialsysteme einsickern, wird unser von Solidarität und Zusammenhalt getragenes gesellschaftliches Gefüge in seinen Grundfesten erschüttert und das macht mittelfristig einen Bürgerkrieg nicht unwahrscheinlich“, sagt der FPÖ-Chef und bezog sich auch auf die durch Eindringlinge verübten Sexualdelikte. Mittlerweile täten sich Abgründe des Bösen, die wir vor einem Jahr noch tausende Kilometer südlich von uns verorteten hatten, auch im Herzen Europas auf, sagt Strache.

Einen EU-Beitritt der Türkei findet er unrealistisch und unzumutbar. Und auch die Lumpenpresse bekam ihr Fett weg. Die Bürger würden durch „gekaufte Medien“ bevormundet, die veröffentlichte und öffentliche Meinung klaffe weit auseinander. Kritik der FPÖ an den Zuständen im Land werde nicht nur ins Lächerliche gezogen, sondern gar kriminalisiert. Selbsternannte Moralrichter übten im Gewand der Political Correctness geistige Zensur aus. Die FPÖ werde sich aber nicht den Mund verbieten lassen, die Sorgen der Bürger ernst nehmen und Missstände weiter unbeirrt beim Namen nennen. Er und seine Partei würden weiter für die Meinungsfreiheit und ihre Überzeugungen kämpfen und sich nicht mundtot machen lassen, versprach er seinem es ihm mit Beifall dankenden Publikum.

Hier ein kurzer Zusammenschnitt der Rede:



München: Gambier will Sex in der Tram

☒ Zu sagen Deutschland würde mit kultur- und wertefremden Personen geflutet greift mittlerweile nicht tief genug, denn wir werden von Perversen, Asozialen und Geisteskranken überrannt. Kaum ein Tag ohne korankranke Allahu Akbar-Gewalttäter, Messer- und Kopftreter-Spezialisten, Grapscher, Vergewaltiger und dieser Tage hoch im Kurs: Exhibitionisten und öffentlich onanierende Perverse. Einer der unglaublichsten Fälle dieser Art spielte sich am Montag in der Münchner Tram der Linie 19 ab. Ein angeblich 17-jähriger Gambier setzte sich gegen 23 Uhr neben einen 26-jährigen Fahrgast, zog seine Hose runter, entblößte sein Geschlechtsteil, suchte Blickkontakt mit dem Mann neben ihm und zeigte auf sein Genital. Während er [laut Polizeibericht](#) „Kussgeräusche“ machte versuchte er sein Opfer zu umarmen.

Dem so Bedrängten wurde es zu bunt und er verpasste dem Zudringling eine Ohrfeige, daraufhin wurde der so rüde Abgewiesene rabiat.

Der Gambier entriss dem Münchner eine mitgeführte Bierflasche, heißt es weiter, zerschlug sie und machte Stichbewegungen in Richtung des jungen Mannes, der nun versuchte zu entkommen, worauf ihm das tobende, „dringend benötigte Talent“ die abgebrochene Bierflasche hinterher warf und ihn am Kopf traf.

Da griff ein beherzter Fahrgast ein, rang den Zivilisationsdistanzierten zu Boden, dabei verletzte der aggressive Afrikaner den Mann mit dem Flaschenhals im Gesicht. Dennoch fixierte dieser den Angreifer bis die alarmierte Polizei ihn übernahm. Die Beamten brachten den Gast der Kanzlerin in seine Unterkunft. Es wurde Anzeige wegen exhibitionistischer Handlungen und gefährlicher Körperverletzung erstattet.

Spätestens wenn ihm der Testosteronspiegel wieder ansteigt wird er wohl sein „Glück“ erneut versuchen. Nachdem er nun gelernt hat, dass man in deutschen Straßenbahnen nicht ganz so einfach Menschen zum Sex zwingen kann, schon gar keine Männer. Wird vielleicht schon bald irgendwo in einer wenig frequentierten Gegend eine junge Frau oder gar ein Kind dran glauben müssen.

Auch der iranische Straßenwixer ([PI berichtete](#)), der vergangenen Donnerstag in Köln mehrere Frauen, teils in Begleitung ihrer Kinder, belästigte und am helllichten Tag auf offener Straße onanierte ist ja wieder frei. Der bunte Irrsinn wird also weiter unsere Straße beleben.